

Geringverdiener zahlen die Zeche

Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die Energiewende hat in den vergangenen Jahren immer höhere Kosten verursacht. Entsprechend ist auch die Umlage für den Strom aus erneuerbaren Energien kräftig gestiegen. Die Zeche zahlen die Stromverbraucher – allen voran die einkommensschwachen Haushalte. 

Spätestens seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 sind sich die Politiker in Deutschland grundsätzlich einig, dass die Energieversorgung weitgehend auf kohlendioxidarme und insbesondere auf erneuerbare Energien umgestellt werden soll.

Würde die Energiewende nur nach dem Kriterium „viel Ökostrom gleich großer Erfolg“ bewertet, gäbe es Anlass zum Jubeln. Denn rund ein Viertel des Stroms stammt inzwischen aus erneuerbaren Energien. Auch die Technik der Windkraft-, Solar- und Biomasseanlagen hat sich

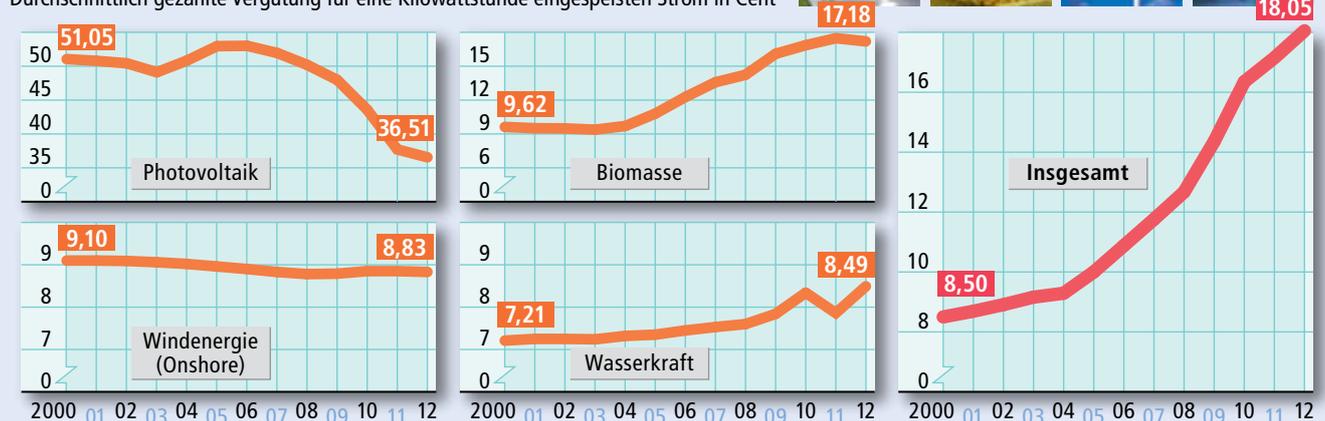
weiterentwickelt, sodass deren Preise gesunken sind. Das gilt vor allem für die Photovoltaik:

Solaranlagen waren Mitte 2012 bei gleicher Leistung zwei Drittel billiger zu haben als Anfang 2006.

Gemessen an diesem Preisverfall hat die Bundesregierung die Fördersätze für neue Photovoltaikanlagen gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in den vergangenen Jahren zu zögerlich reduziert (Kasten Seite 2). Betrachtet man für →

Mehr Geld für Ökostrom-Produzenten

Durchschnittlich gezahlte Vergütung für eine Kilowattstunde eingespeisten Strom in Cent



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 51/52 - Fotos: MEY

Inhalt

Gesellschaftliches Engagement. Der Leiter des IW-Hauptstadtbüros, Knut Bergmann, widmet sich in seinem Essay dem bürgerschaftlichen Engagement der Unternehmen. Seite 3

Elternzeit. Deutschland ermöglicht jungen Eltern mit 36 Monaten eine vergleichsweise lange kindbedingte Erwerbsunterbrechung. Seite 4-5

Irland. Trotz eines widrigen wirtschaftlichen Umfelds bemüht sich der Krisenstaat, sein Bankensystem zu reorganisieren. Seite 6

Geringqualifizierte. In vielen südeuropäischen Ländern ist der Anteil der unqualifizierten Arbeitskräfte erschreckend hoch. Seite 7

Minijobs. Zum Jahreswechsel steigt die Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte von 400 Euro auf 450 Euro im Monat an. Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ alle erneuerbaren Energien die durchschnittliche Förderung der bestehenden Anlagen, so sind die Sätze bis zuletzt sogar stetig gestiegen (Grafik Seite 1):

Die nach den Vorgaben des EEG durchschnittlich gezahlte Vergütung je Kilowattstunde Strom hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt – auf gut 18 Cent.

Das lag unter anderem am starken Zuwachs bei der Photovoltaik sowie am kräftigen Ausbau der kleinen, hoch subventionierten Biomasseanlagen.

Damit sind die aus dem EEG resultierenden zusätzlichen Kosten für die Energieerzeugung von knapp 1 Milliarde Euro im Jahr 2000 auf fast 13 Milliarden Euro 2011 gestiegen. Im Jahr 2012 dürften sie noch deutlich höher ausfallen.

Demzufolge wurde auch die Umlage, die die Stromverbraucher zur Finanzierung der Energiewende zahlen müssen, drastisch erhöht – von 0,2 Cent je Kilowattstunde auf 5,3 Cent ab Jahresanfang 2013.

Dass die EEG-Umlage von den Stromkunden und nicht aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert wird, führt zudem zu einer deutlichen Umverteilung von Arm zu Reich. Zwar verbrauchen wohlhabende Haushalte im Schnitt etwas mehr Strom als ärmere. Im Vergleich zu den Einkommen ist der Unterschied jedoch gering. So ist das mittlere Nettoeinkommen der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über sechsmal so hoch wie das Einkommen der ärmsten 10 Prozent. Die Stromrechnung des oberen Einkommenszehntels ist aber nur um rund ein Viertel höher.

Entsprechend verhält es sich auch mit der EEG-Umlage. Derzeit zahlt jede Person in den ärmsten 10 Prozent der deutschen Haushalte pro Monat knapp 6 Euro, in den wohlhabendsten Haushalten sind es 7,20 Euro. Im Jahr 2013 werden monatlich 8,75 Euro bei den Armen und 10,75 Euro bei den Reichen fällig. Damit ist die relative Belastung für Geringverdiener besonders hoch:

Im kommenden Jahr müssen die ärmsten 10 Prozent der Haushalte im Schnitt gut 1,3 Prozent ihres Einkommens für die EEG-Finanzierung aufwenden, bei den reichsten Haushalten sind es nur rund 0,2 Prozent.

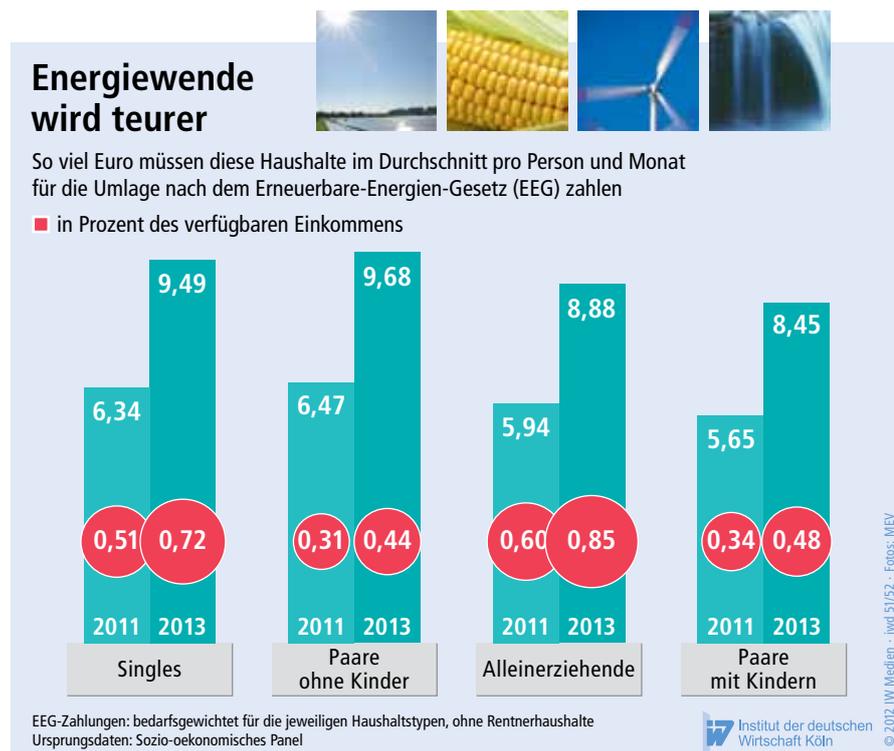
Dieses Gefälle zeigt sich auch beim Blick auf verschiedene Haushaltstypen (Grafik). So werden Alleinerziehende, die oft nur ein geringes Einkommen erzielen, von der EEG-Umlage besonders stark belastet. Verstärkt wird diese Umverteilung noch dadurch, dass die privaten Betreiber von Solaranlagen meist zu den wohlhabenden Haushalten gehören – und die bekommen das Gros der Fördermittel.



IW-Positionen Nr. 56

Hubertus Bardt, Judith Niehues, Holger Teichert: Die Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland – Wirkungen und Herausforderungen des EEG, Köln 2012, 54 Seiten, 11,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop



Die EEG-Förderpolitik

Seit dem Jahr 2000 fördert die Bundesregierung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen wie Sonne, Wind und Biomasse. Für jede Kilowattstunde Ökostrom erhalten die Produzenten in der Regel 20 Jahre lang eine feste Einspeisevergütung, die meist über dem Marktpreis liegt und deren Höhe von der eingesetzten Technologie und Anlagengröße abhängt. Die Netzbetreiber wiederum verkaufen diesen Strom an der Strombörse zu – niedrigeren – Marktpreisen. Die Differenz zwischen der EEG-Vergütung und dem Marktpreis wird per Umlage auf die Verbraucher überwältigt, lediglich energieintensive Unternehmen sind befreit.

Engagiert, nicht nur zur Weihnachtszeit

Die meisten Unternehmen in Deutschland setzen sich für das Gemeinwohl ein – und das oft schon aus langer Tradition.

Menschen wissen gerne, woran sie sind. Darum verlaufen politische Debatten oft schwarz-weiß. Dies gilt auch hinsichtlich der Erwartungen, die an Unternehmen gerichtet werden: Sichere Arbeitsplätze sollen sie bereitstellen, marktgängige Produkte erzeugen, junge Menschen ausbilden, forschen, investieren und – nicht zuletzt – sich bürgerschaftlich engagieren.

Andererseits ist das abstrakte Bild, das die Deutschen von Unternehmen haben, häufig kein so gutes. Das Management sei allein an Profiten orientiert, vor allem an den eigenen Bonuszahlungen.

Dass aber die Wirklichkeit nicht schwarz-weiß, sondern eher in vielfältigen Graustufen daherkommt, weiß jeder aus eigenem Erleben. Bundespräsident Joachim Gauck brachte es Mitte November in einer vielbeachteten Rede auf den Punkt: Es greife viel zu kurz, so zu tun, „als gäbe es nur die Wahl zwischen egoistischem Unternehmertum und weltfremdem Altruismus“.

Tatsächlich sind schon fast zwei Drittel der Betriebe in Deutschland „gute Unternehmensbürger“, die sich über ihre ureigene Aufgabe hinaus, Waren und Dienstleistungen zu produzieren, gesellschaftlich engagieren. Laut dem Ersten Engagementbericht, an dessen Erstellung das IW Köln maßgeblich beteiligt war, steigt die Quote bei Firmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sogar auf 96 Prozent. Das Gesamtvolumen dieser bürgerschaftlichen Aktivitäten, neudeutsch oft Corporate Social Responsibility genannt,

belief sich im vergangenen Jahr auf fast 11 Milliarden Euro. Der Löwenanteil davon sind Geld- und Sachspenden.

Mitunter finden sich skurril anmutende Engagements wie beispielsweise das der Firma Wurst Stahlbau in Bersenbrück, deren komplette Geschäftsführung der lokalen freiwilligen Feuerwehr im Fall der Fälle dabei hilft, Brände zu löschen.

Fast 90 Prozent der Unternehmen konzentrieren ihr Engagement auf ihr unmittelbares Umfeld. Klugerweise kooperieren immerhin 60 Prozent der Firmen in ihrem bürgerschaftlichen Tun mit lokalen Partnern, wodurch beide Seiten profitieren. So gestalten Unternehmen

Social Responsibility ist keine Erfindung der Neuzeit, für sechs von zehn Firmen gehört soziales Engagement zur Tradition.

nicht nur das Gemeinwesen vor Ort mit, sondern verbessern gleichzeitig die Beziehungen zu ihren Kunden und investieren in die Qualität des Standorts. Dabei ist Corporate Social Responsibility keine Erfindung unserer Tage, für sechs von zehn Firmen gehört dieses Engagement zur Tradition. Hier ist das Motto „Das haben wir immer schon so gemacht“ einmal modern.

Woran es manchmal hapert, ist die Ausführung. Denn auch beim guten Tun gilt die Weisheit: „Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht.“

Im Idealfall ist das gesellschaftliche Engagement strategisch mit dem Unternehmensziel verknüpft. Ein Beispiel: Wenn ein Steuerberatungsbüro Trikots



Knut Bergmann

Foto: IW Medien

an den örtlichen Fußballverein spendet, ist das anerkennenswert. Viel nachhaltiger und sinnstiftender für beide wäre es aber, wenn die Kanzlei dem Verein die lästige Aufgabe des Jahresabschlusses abnehmen würde.

Und wenn ein Unternehmen etwas gegen Armut tun will, investiert es besser langfristig in die Beseitigung der Ursachen – etwa in ein Bildungsprojekt –, als Geld an die sogenannten Tafeln zu spenden. Einer Catering-Firma, Bäckerei oder einem Supermarkt kann man trotzdem nur raten, übrig gebliebene Lebensmittel bei den Tafeln abzugeben.

Bei alledem darf nicht vergessen werden, dass bürgerschaftliches Engagement schon per definitionem freiwillig ist. Und doch gilt der bekannte Satz von Erich Kästner „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ für die meisten Unternehmen nicht nur hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit, sondern genauso in dem Sinne, den Kästner eigentlich gemeint hat, nämlich für den gesellschaftlichen Einsatz. Auf diese Weise entsteht aus vielen Grautönen dann doch ein konturiertes Bild.

Dr. Knut Bergmann
Leiter des IW-Hauptstadtbüros

Elternzeit im internationalen Vergleich

Maximal so viele Monate können Eltern nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben, ohne ihren Anspruch auf den bisherigen Arbeitsplatz zu verlieren

| | |
|------------------------|---------------------------|
| Polen | 41,1 |
| Norwegen | 36,7 |
| Portugal | 36,0 plus 1 Vätermonat |
| Deutschland | 36,0 |
| Estland | 36,0 |
| Finnland | 36,0 |
| Frankreich | 36,0 |
| Litauen | 36,0 |
| Spanien | 36,0 |
| Tschechien | 36,0 |
| Ungarn | 36,0 |
| Belgien | 34,0 |
| Australien | 24,0 |
| Österreich | 24,0 |
| Griechenland | 19,0 |
| Vereinigtes Königreich | 18,5 |
| Schweden | 18,0 |
| Irland | 15,7 |
| Island | 15,2 |
| Niederlande | 14,3 |
| Slowenien | 14,2 |
| Dänemark | 13,9 |
| Luxemburg | 13,8 |
| Italien | 13,7 plus 1 Vätermonat |
| Neuseeland | 12,5 |
| Japan | 12,0 |
| Kanada | 12,0 |
| Schweiz | 3,2 |
| USA | 0,0 |

Stand: 2012;
Griechenland: Beschäftigte in
der Privatwirtschaft
Quelle: International Network
on Leave Policies and Research

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 51/52

Vom Wickeltisch zum Arbeitsplatz

Elternzeit. Im internationalen Vergleich können junge Mütter und Väter in Deutschland relativ lang und finanziell gut abgesichert in Elternzeit gehen. Allerdings schadet ein längerer Ausstieg häufig der Karriere und den Einkommenschancen. Damit Eltern schneller in den Job zurückkehren können, braucht Deutschland eine bessere Betreuungsinfrastruktur für Klein- und Schulkinder.

Wiegen, waschen, wickeln: Mit der Geburt eines Kindes verändert sich die Zeiteinteilung frischgebakener Eltern radikal. War der Alltag zuvor vor allem von Erwerbstätigkeit und Freizeitaktivitäten oder Muße geprägt, muss nun eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung für das Baby sichergestellt sein. Viele Mütter – und zunehmend auch Väter – möchten ihre Kinder in den ersten Lebensmonaten oder -jahren selbst versorgen und steigen dafür zumindest vorübergehend aus dem Erwerbsleben aus.

Die Konditionen, zu denen kindbedingte Jobauszeiten genommen werden können, sind international sehr unterschiedlich. In den USA zum Beispiel können junge Eltern den Anspruch auf ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren, wenn sie sich für eine Unterbrechung der Berufstätigkeit entscheiden. Auch in der Schweiz gibt es keine gesetzlich geregelte Elternzeit, sondern nur 14 Wochen Mutterschutz (Grafik).

Mit drei Jahren Elternzeit ermöglichen Deutschland und eine Reihe anderer EU-Länder im internationalen Vergleich eine relativ lange kindbedingte Erwerbsunterbrechung.

Die längste Elternzeit bietet Polen mit dreieinhalb Jahren.

Neben der Betreuung des Neugeborenen spielen in der vergrößerten Familie auch die Finanzen eine

wichtige Rolle – insbesondere dann, wenn ein Elternteil kein Erwerbseinkommen mehr erzielt, weil sie oder er beim Nachwuchs zu Hause bleibt. In vielen Ländern gibt es für diesen Fall Lohnersatzleistungen, in Deutschland beispielsweise das Elterngeld. Zählt man die Zeiträume für das Mutterschafts- und Elterngeld zusammen, erhalten junge Eltern hierzulande bis zu 15,3 Monate

lang Ersatzleistungen von mindestens 66 Prozent des vormaligen Nettoeinkommens – dabei zählt das Einkommen desjenigen, der wegen des Kindes zu Hause bleibt (Grafik Seite 5).

Um das Elterngeld 14 Monate lang voll auszuschöpfen, müssen in Deutschland auch die Väter für mindestens zwei Monate ran. Solche zusätzlichen und vergleichsweise gut honorierten Vätermomente gibt es auch in Finnland und Portugal.

Dass Männer mit Geld in die Elternzeit gelockt werden (müssen), hat zwei gute Gründe: Indem der Vater die Bezugs- und Betreuerrolle übernimmt, soll einerseits die Entwicklung des Kindes positiv beeinflusst werden, andererseits fördert dieses Modell die Gleichstellung zwischen beiden Elternteilen.

In der Praxis ist es mit der Gleichberechtigung bei der Kinderbetreuung allerdings noch nicht weit her:



In Deutschland nahmen Frauen, die im Jahr 2010 ein Kind auf die Welt gebracht haben, das Elterngeld durchschnittlich 11,7 Monate lang in Anspruch – Väter dagegen nur 3,3 Monate.

Gleichwohl ist das frühkindliche Engagement der Männer in den vergangenen Jahren gestiegen. Von den im Jahr 2008 geborenen Kindern wurden hierzulande erst 20,8 Prozent von Vätern, die Elterngeld bezogen, betreut; im zweiten Quartal 2011 waren es bereits 27,3 Prozent.

Vor allem für Frauen ist eine paritätische Aufteilung der Elternzeit ökonomisch sinnvoll. Denn eine wesentliche Ursache für die Lohn-differenz zwischen den Geschlech-



tern sind die häufig langen kindbedingten Auszeiten der Mütter. Je früher Frauen nach der Babypause wieder in den Beruf zurückkehren, desto geringer ist die Gefahr, im Job und beim Gehalt den Anschluss zu verlieren.

Eine Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit – ob nun eines oder beider Elternteile – scheitert hierzulande jedoch noch oft genug an einem geeigneten Betreuungsplatz für den Nachwuchs. So fehlen für die unter Dreijährigen rund 220.000 Plätze und bei der flächendeckenden Ganztagsbetreuung für Grundschüler und Schüler der Sekundarstufe I lässt das Angebot ebenfalls zu wünschen übrig.

Geld für junge Eltern

Maximal so viele Monate erhält ein Elternteil vor und nach der Geburt eines Kindes Lohnersatzleistungen (in Deutschland z.B. Mutterschafts- und Elterngeld) in Höhe von mindestens 66 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens

| | |
|------------------------|-------------|
| Ungarn | 24,0 |
| Estland | 18,0 |
| Dänemark | 13,9 |
| Deutschland | 13,3 |
| plus 2 Vätermonate | |
| Schweden | 13,2 |
| Norwegen | 12,2 |
| Litauen | 12,0 |
| Slowenien | 11,5 |
| Finnland | 9,0 |
| plus 1 Vätermonat | |
| Island | 9,0 |
| Portugal | 6,0 |
| plus 1 Vätermonat | |
| Griechenland | 6,0 |
| Irland | 6,0 |
| Polen | 5,1 |
| Spanien | 5,1 |
| Tschechien | 5,1 |
| Australien | 4,3 |
| Belgien | 4,0 |
| Italien | 3,7 |
| Frankreich | 3,5 |
| Neuseeland | 3,2 |
| Schweiz | 3,2 |
| Niederlande | 2,3 |
| Japan | 1,9 |
| Luxemburg | 1,8 |
| Österreich | 1,8 |
| Vereinigtes Königreich | 1,4 |
| Kanada | 0,0 |
| USA | 0,0 |

Stand: 2012;
Griechenland: Beschäftigte
in der Privatwirtschaft
Quelle: International Network
on Leave Policies and Research

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 51/52

Bei schlechtem Wetter zahlt das Amt

Saison-Kurzarbeitergeld. Wenn es draußen friert, schneit oder in Strömen regnet, ruht in vielen witterungsabhängigen Branchen die Arbeit. Bauarbeiter oder Gärtner können dann zwischen Dezember und März zu Hause bleiben und bekommen ihren Lohn von der Arbeitsagentur ausgezahlt. Singles erhalten 60 Prozent des ausgefallenen Nettolohns, Arbeitnehmer mit Kindern 67 Prozent. Die Arbeitgeber können sich ihren Anteil an den Sozialversicherungsbeiträgen erstatten lassen.

Abgesichert im Winter

Empfänger von Saison-Kurzarbeitergeld

■ 2010/2011 ■ 2011/2012

Anspruch auf Saison-Kurzarbeitergeld besteht, wenn in der Schlechtwetterzeit aufgrund der Witterung oder aus wirtschaftlichen Gründen Arbeitszeit ausfällt. Die Arbeitslosenversicherung übernimmt dann einen Teil des Arbeitsentgelts und ggf. die Sozialversicherungsbeiträge.

| | | |
|----------|---------|---------|
| Dezember | 96.404 | 59.246 |
| Januar | 124.898 | 115.868 |
| Februar | 131.671 | 132.590 |
| März | 85.478 | 77.819 |

Quelle:
Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 51/52

Praktische Bedeutung hat das Saison-Kurzarbeitergeld vor allem im Baugewerbe (Grafik).

In der Schlechtwettersaison 2011/2012 waren 93 Prozent der Empfänger auf dem Bau beschäftigt.

Das entsprach knapp 6 Prozent aller Bauarbeiter. Weitere 5 Prozent der Empfänger entfielen auf den Garten- und Landschaftsbau, der Rest verteilte sich auf die übrigen Branchen.

Die Beitragszahler wendeten für das Saison-Kurzarbeitergeld im vergangenen Jahr gut 470 Millionen Euro auf. Hinzu kamen 200 Millionen Euro, die aus einer Umlage finanziert werden, die von den Unternehmen zu zahlen ist. Das Geld ist gut angelegt: Studien belegen, dass Entlassungen vermieden wurden und weniger Arbeitslosengeld floss.

Keltisches Vorbild

Irland. Nachdem sich das Land infolge der Bankenrettung hoch verschulden musste, ist Irland Ende 2010 unter den europäischen Rettungsschirm geschlüpft. Sein Anpassungsprogramm verläuft erfolgreich, die Märkte reagieren mit sinkenden Zinsen.

Am 1. Januar 2013 wird Irland den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) von Zypern übernehmen. Während Zypern noch über ein Hilfsprogramm verhandelt, hat Irland das Schlimmste offensichtlich überstanden.

Irland nahm als zweites Land – nach Griechenland – Hilfe von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Anspruch. Im Gegensatz zu Griechenland war jedoch nicht staatliche Misswirtschaft die Ursache für die Krise.

In Irland führten niedrige Zinsen und eine zu laxen Aufsicht zu einer unkontrollierten Expansion der Bankkredite.

Das heizte den Konsum an und führte zu spekulativen Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt.

Als dann die Blase auf dem Immobilienmarkt platzte, stürzten die Banken in eine Krise, denn aufgrund der sinkenden Immobilienpreise mussten viele Hauskredite wertberichtigt werden. Der irische Staat sah sich gezwungen, die Verbindlichkeiten der Banken zu garantieren und die Institute mit neuem Kapital auszustatten. Dies belastete den Staatshaushalt (Grafik):

Im Jahr 2008 drehte der irische Staatshaushalt ins Defizit und erreichte 2010 mit einem Minus von fast

31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) seinen Tiefpunkt.

Gleichzeitig stieg die Verschuldung auf mehr als 92 Prozent des BIP – gegenüber 2007 fast eine Ver vierfachung. Die EU geht davon aus, dass der Höhepunkt der irischen Staatsverschuldung 2013 mit knapp 123 Prozent des BIP erreicht ist.

Die Finanzmärkte reagierten auf die wachsende Schuldenlast mit steigenden Risikoaufschlägen. Im November 2010 einigte sich die Regierung in Dublin daher mit der EU und dem IWF auf ein Anpassungsprogramm, bei dem Hilfen von knapp 68 Milliarden Euro zugesagt wurden. Im Gegenzug verpflichtete Irland sich zu einer Verkleinerung und Reorganisation des Bankensystems, zu Ausgabensenkungen und Einnahmesteigerungen sowie zu einer Stärkung seines Wachstumspotenzials.

Irland war bislang erfolgreich bei seinen Anpassungsbemühungen. Lob für die Iren kam von der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF: Irland bleibe trotz eines widrigen wirtschaftlichen Umfelds standhaft bei der Programmumsetzung. Die Ratingagentur Fitch setzte den Ausblick für irische Staatsanleihen von negativ auf stabil herauf.

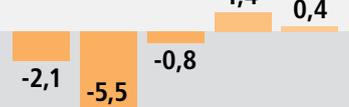
Auch die Märkte honorieren die Anstrengungen. So konnte Irland Ende Juli erstmals wieder Anleihen am Kapitalmarkt begeben und damit mehr als 5 Milliarden Euro einnehmen, musste aber noch etwa 6 Prozent an Zinsen zahlen. Die Renditen für zehnjährige irische Staatsanleihen am Sekundärmarkt notieren derzeit bei etwa 5 Prozent.

Irland in Zahlen

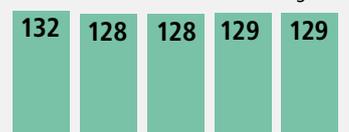


2008 2009 2010 2011 2012

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent



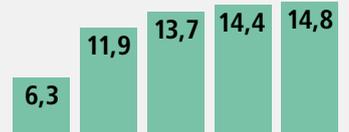
BIP je Einwohner, EU-27 = 100
um Kaufkraftunterschiede bereinigt



Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



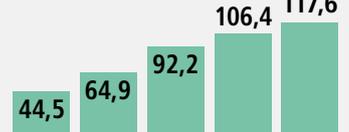
Arbeitslosenquote
in Prozent



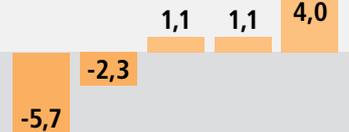
Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



Südeuropa kriselt auch bei der Bildung

Geringqualifizierte. Nur wenige Länder in Europa haben so wenige unqualifizierte Arbeitskräfte wie Deutschland. Traurige Spitzenwerte erreichen dagegen die südeuropäischen Krisenländer, aber auch Frankreich – wo oft mehr als ein Drittel der Erwerbsbevölkerung keinen Berufsabschluss vorweisen kann.

Die Medien berichten derzeit immer wieder über die Situation arbeitsloser Akademiker in Südeuropa. Dabei geht unter, dass die Kri-

senstaaten ein ganz anderes, viel gravierenderes Problem haben – bis zu 70 Prozent ihrer Arbeitnehmer haben höchstens einen Realschulabschluss und keinerlei berufliche Ausbildung (Grafik).

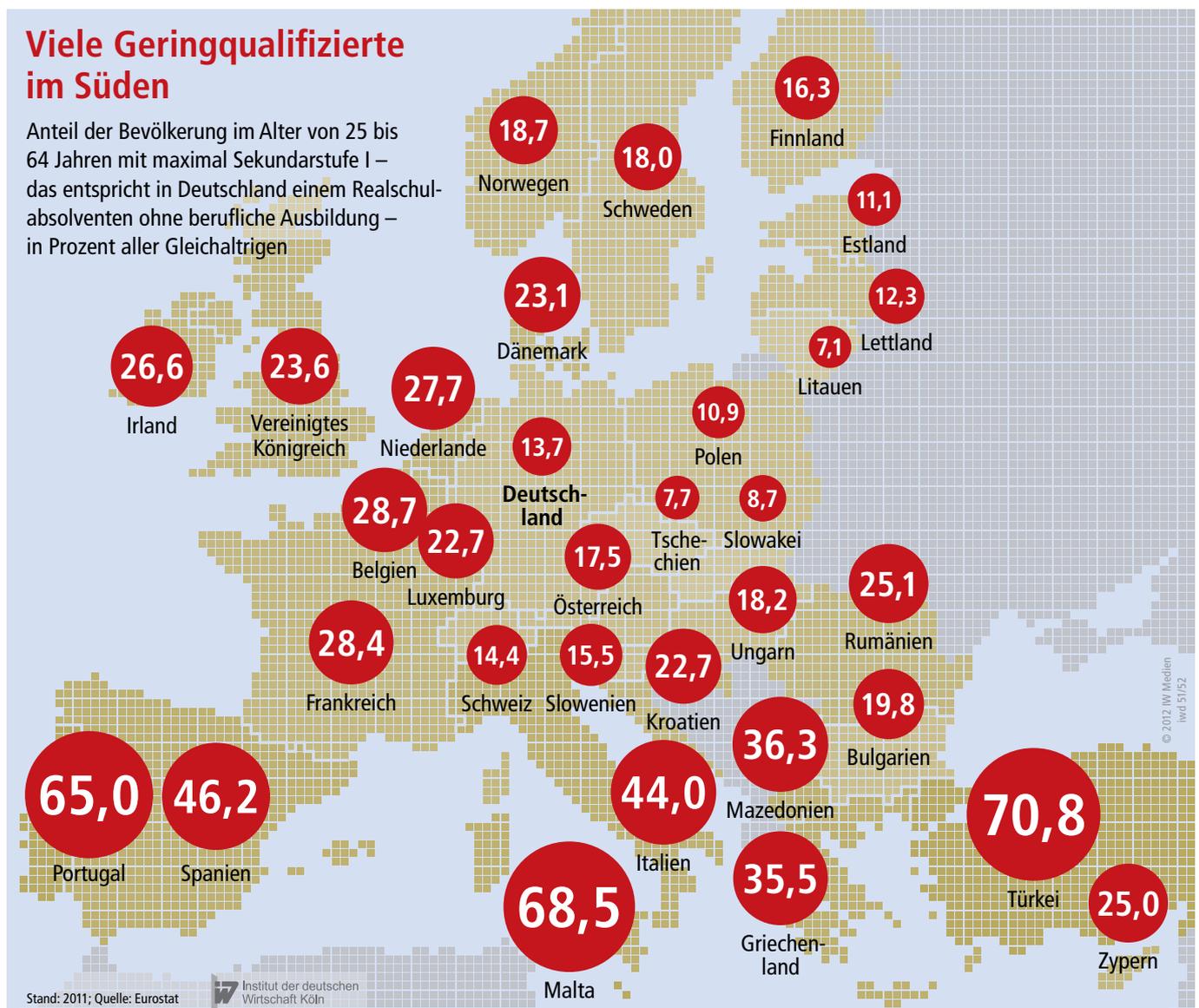
In Portugal z.B. gehören fast zwei Drittel aller 25- bis 64-Jährigen zur Gruppe der Geringqualifizierten, in Deutschland sind es nur 14 Prozent.

Frankreich hat mit 28 Prozent eine doppelt so hohe Geringqualifizierten-Quote wie Deutschland.

Der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften ist ein Grund dafür, dass die betroffenen Länder im Süden Europas stärker unter der Wirtschaftsflaute leiden als Deutschland. Denn konjunkturelle Arbeitslosigkeit trifft Geringqualifizierte in weit stärkerem Maße als Fachkräfte – Letztere haben viele betriebs- und branchenspezifische Kenntnisse und können nach einer Entlassung relativ problemlos wieder neu eingestellt werden.

Viele Geringqualifizierte im Süden

Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit maximal Sekundarstufe I – das entspricht in Deutschland einem Realschulabsolventen ohne berufliche Ausbildung – in Prozent aller Gleichaltrigen



Im Interesse der Beschäftigten

Minijobs. Gewerkschaften und Teile der Politik wollen die geringfügige Beschäftigung am liebsten abschaffen. Den Beschäftigten würden sie damit aber keinen Gefallen tun.

Die Liste der Übel, die nach Meinung vieler Kritiker von der geringfügigen Beschäftigung ausgehen, macht sich u.a. an zwei Punkten fest:

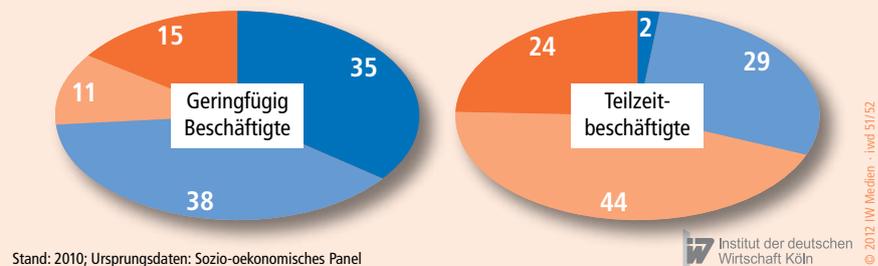
- **Immer mehr Minijobs anstelle von regulären Arbeitsplätzen.** Für eine systematische Umwandlung von Vollzeitstellen in Minijobs gibt es bislang allerdings kaum Belege. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten hat sich seit 2004 nur wenig verändert.

- **Fehlende Rentenansprüche.** Nicht für jedes Beschäftigungsverhältnis muss die gesamte Maschinerie der Sozialversicherungsbürokratie anlaufen. Die Gewerkschaften deuten dies in mangelnden Schutz um. Der Kern des Problems liegt jedoch woanders. Die Minijobber wären auch

Minijobber und Teilzeitleiter: Nur wenige wollen Vollzeit

So viel Prozent der Beschäftigten würden so lange arbeiten, wenn sie den Umfang ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und sich ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändert

■ bis 10 Stunden ■ 10 bis 20 Stunden ■ 20 bis 32 Stunden ■ mehr als 32 Stunden



Neue Regeln für Minijobs

Die Verdienstgrenze für Minijobs wird zum 1. Januar 2013 um 50 Euro auf 450 Euro angehoben. Der Grund: Während die durchschnittlichen Gehälter und Löhne in den vergangenen zehn Jahren gestiegen sind, ist die Grenze für Minijobs seit der letzten Reform 2003 unverändert geblieben. Neu ist auch, dass geringfügig Beschäftigte ab Januar dazu verpflichtet sind, in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Bisher konnten sie eine Vollmitgliedschaft beantragen – ab 2013 müssen Minijobber einen Antrag stellen, um sich von der Versicherungspflicht zu befreien. Der Arbeitgeber zahlt einen Pauschalbetrag von 30 Prozent, der auf die Sozialversicherungsträger verteilt wird. Gesetzlich kranken- oder arbeitslosenversichert sind die Minijobber jedoch nicht.

dann nicht abgesichert, wenn sie der vollen Versicherungspflicht unterliegen würden. Denn die Leistungen aus Arbeitslosen- und Rentenversicherung wären viel zu gering, um den Lebensunterhalt zu decken.

Die eigentlichen Probleme sind die kurze Arbeitszeit und das geringe Bruttoeinkommen. Einerseits gibt es bei manchen Jobs nur für wenige Stunden einen Bedarf. Andererseits zeigt eine Befragung, dass die meisten Mini- und Teilzeitbeschäftigten

auch nur an einem geringen Arbeitsvolumen interessiert sind (Grafik):

Nicht einmal jeder sechste Minijobber will eine Vollzeitbeschäftigung mit mehr als 32 Wochenstunden.

Zwar würden viele geringfügig Beschäftigte gern mehr arbeiten – aber nicht gleich Vollzeit. Multipliziert man die im Schnitt gewünschte Arbeitszeit mit dem aktuellen Stundenlohn, ergibt sich ein Lohn, der unterhalb der Minijob-Grenze von derzeit noch 400 Euro liegt (Kasten).

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.